

572382-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Verkehrsanlage Lph 1 - 4 und Ingenieurbauwerk/Tragwerksplanung Lph 1 -3

OJ S 159/2026 19/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabeservice@autobahn.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Verkehrsanlage Lph 1 - 4 und Ingenieurbauwerk/Tragwerksplanung Lph 1 -3

Beschreibung: A59, OP Verkehrsanlage Lph 1 bis 4 und OP Ingenieurbauwerke/Tragwerksplanung Lph 1 bis 3

Kennung des Verfahrens: 13a66dfc-221f-44c4-b944-5b54a91a7a5c

Interne Kennung: 45-23-5007

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322300 Planungsleistungen für Brücken, 71322500

Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50679

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Es werden 4 Bewerber zur Angebotsabgabe auf der Grundlage der unten aufgeführten Auswahlkriterien aufgefordert: Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Teilnahmeunterlagen zu verwenden. Die Teilnahmeunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise der Bekanntmachung zusammen. Der Antrag auf Teilnahme ist zwingend in seiner Form einzuhalten. Die geforderten Nachweise und gewünschten Erklärungen sind entsprechend der vorgegebenen Nummerierung der Anlagen zu den jeweiligen Kapiteln der Teilnahmeanträge zu gliedern und zu sortieren. Die Nichtverwendung sowie die unvollständige Verwendung /

Ausfüllung der vorbereiteten Teilnahmeunterlagen können zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen reicht nicht aus. Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Korruption: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Betrug: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit Ihr Unternehmen beitragspflichtig ist.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegen (§ 124 (2) GWB). Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Verkehrsanlage Lph 1 - 4 und Ingenieurbauwerk/Tragwerksplanung Lph 1 -3

Beschreibung: Planungsauftrag Für die Planung der nachfolgend beschriebenen baulichen und verkehrlichen Situation sind sämtliche technisch und planerisch sinnvolle Lösungen zu untersuchen, die zu dem regelrechten 6-streifigen Ausbau für den Abschnitt AD Sankt Augustin-West (A 560) bis T+R Liburer Heide (A 559) (gem. Bundesverkehrswegeplan (BVWP)) führen. Grundlage dafür ist die bis zur Vergabe vorliegende Verkehrsuntersuchung mit Prognosehorizont 2035. Durch einen 6-streifigen Ausbau z.B. mit zusätzlichen Anpassungen an verschiedenen Anschluss-stellen (AS), einem leistungsfähigen Querschnitt, der regelgerechten Ausbildung des Mittelstreifens sowie eine ausreichende Entwässerung können Sicherheitsrisiken minimiert und die Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit für die heutigen und zukünftigen Verkehrsbelastungen sichergestellt werden. Planungsbereich Abschnitte 1 - 3 Bei der A 59 handelt es sich um eine durchgehende Autobahn mit großräumiger Verbindungsfunktion der Straßenkategorie AS I gemäß RIN (Richtlinien für integrierte Netzgestaltung), da sie im südlichen Nordrhein-Westfalen eine netzplanerische Alternative zur A 3 und A 1 / A 61 darstellt. Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 2016 (BPL 2016), Anlage zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes

vom 23.12.2016, ist am 31.12.2016 in Kraft getreten. Darin ist der Ausbau der A 59 zwischen dem Autobahndreieck Köln-Porz (A 559) und dem Autobahndreieck Bonn-Nordost als "vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung" ausgewiesen (PRINS-Nr. für Bedarfsplanabschnitte A59-G20-NW und A59-G80-NW). Im Rahmen einer vierstufigen Priorisierung von Straßenbauprojekten stellt diese Einteilung die höchste Kategorie dar. Der Streckenabschnitt "A59-G80-NW-T1-NW: A 59 - AD Sankt Augustin-West (A 560) bis T+R-Anlage Liburer Heide" (Bau-km 18+069 bis Bau-km 23+593) ist Gegenstand dieser Leistungsbeschreibung. Der Ausbauabschnitt befindet sich überwiegend auf dem Stadtgebiet von Troisdorf (Stadtteile Spich, Oberlar, Rotter See, Sieglar und Friedlich-Wilhelms-Hütte) und zu einem kleinen Teil auf dem Stadtgebiet von Sankt Augustin. Durch die hohe Einwohnerdichte in der Region, die Anbindung des Flughafens Köln/Bonn, die großen Gewerbe- und Industrieansiedlungen im unmittelbaren Bereich und den hohen Anteil an durchgehendem Fernverkehr ist der Streckenabschnitt zwischen dem AD Heumar und dem AK Bonn-Ost (A 562) als verkehrlich sehr stark belastet anzusehen. Im Untersuchungsraum kann der Ausbauabschnitt AD Sankt Augustin-West bis T+R-Anlage Liburer Heide z.B. in drei Abschnitte aufgeteilt werden. Komplexe Ausbauplanung Bei dem betroffenen Streckenabschnitt der A 59 handelt es sich um eine komplexe Ausbauplanung, da vielfältige Konflikte mit Leitungen (Hochspannungsfreileitungen und Ferngasleitungen), kreuzende Verkehrswege und Flüsse sowie dicht heranreichende Wohn- und Gewerbebebauung vorhanden sind. Bereits die Vorplanung wird daher als sehr zeit- und personalintensiv eingeschätzt. Zum Umfang der Planungsleistung gehören die Untersuchung, Darstellung und Beurteilung der verschiedenen Ausbauplanungen zum 6-streifigen Ausbau der A 59 zwischen AD Sankt Augustin-West bis zur geplanten T+R-Anlage Liburer Heide unter Beachtung aller räumlichen und sachlichen Zwangspunkte. Die Beurteilung aller erarbeiteten Varianten erfolgt hinsichtlich Verkehrsqualität, Verkehrssicherheit, sowie weiterer Gesichtspunkte. Diese sind Bauablauf/ Technische Machbarkeit, Lärmschutz, Kosten/ Wirtschaftlichkeit, Städtebauliche Einbindung und Umweltverträglichkeit Siegbrücke Ein großer Themenkomplex in diesem Streckenabschnitt ist das Bauwerk Siegbrücke, da dort viele verschiedenen Problematiken, wie eingeschränkte Resttragfähigkeit, erforderlicher 8-streifiger Neubau im FFH-Gebiet, Nähe zu weiteren Bauwerken und Hochspannungsfreileitungen, zu einem komplexen Problem, insbesondere bei der bauzeitlichen Verkehrsführung zusammentreffen. Um die technische Machbarkeit der Ausbauplanungen in diesem Bereich überprüfen zu können, muss bereits im frühen Planungsstadium eine sehr konkrete bauzeitliche Verkehrsführung und Baustellenverkehrsführung erstellt werden. Bisherige Leistungsfähigkeitsberechnungen zeigen neben dem regelrechten 6-streifigen Ausbau zudem die Planung eines zusätzlichen Einfahrtstreifens zwischen AD Sankt Augustin-West und AS Troisdorf in Fahrtrichtung Köln (Einfahrt von der der A 560 auf die A 59). Bedarfsplanprojekt A 553 Das Bedarfsplanprojekt A 553 beschreibt eine neue 4 streifige Verbindung zwischen Wesseling (A 555) und Niederkassel (A 59). Entsprechend der festgelegten Vorzugsvariante (V6aT) soll ein Anschluss der geplanten neuen Rheinquerung "Rheinspange" im Bereich der Spicher Seen erfolgen. Planen mit BIM Building Information Modeling (BIM) beschreibt eine digitale Arbeitsmethode für das Planen, Bauen, Erhalten und Betreiben der Bundesfernstraßeninfrastruktur. Die vertragsgegenständliche Planung bzw. Ausführung ist durch den AN mittels der BIM-Methode modellbasiert zu erstellen. Die daraus resultierenden Anforderungen ergeben sich aus der hier folgenden Leistungsbeschreibung (LB), in denen die Anforderungen der BIM-Methodik in den AG-Informationsanforderungen (AIA) beschrieben und konkretisiert sind. Im weiteren Verlauf der hier vorliegenden Leistungsbeschreibung wird insbesondere auf die Anhänge der AIA verwiesen. Die Projektabwicklung erfolgt als modellbasierte BIM-Gesamtplanung aller beteiligten Fachgewerke unter Gesamt-Koordination eines extern beauftragten BIM-Gesamtkoordinators. Alle Planungs- und planungsrelevanten

Daten für die Verkehrsanlage sind somit auch im OKSTRA-Format 2.022 (oder neuer) zu übergeben.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322300 Planungsleistungen für Brücken, 71322500

Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50679

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50679

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Sankt Augustin

Postleitzahl: 53757

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Troisdorf

Postleitzahl: 53844

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/03/2027

Enddatum der Laufzeit: 30/06/2032

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#Die Kommunikation erfolgt

während des gesamten Vergabeverfahrens ausschließlich elektronisch über die

Vergabepattform. Von anderen Zustellungswegen bitten wir abzusehen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen über die Ausführung von Leistungen in den letzten fünf (für die Objektplanung Verkehrsanlage) bzw. 10 Jahren (für die Objektplanung Ingenieurbauwerke/ Tragwerksplanung), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (§ 46 (3) Nr. 1 VgV) Mindeststandard Der Bewerber muss mindestens für ein vergleichbares, abgeschlossenes Projekt die Planungsleistungen erbracht haben, das folgende Kriterien erfüllt: •Objektplanung Verkehrsanlagen in Anlehnung an § 47 HOAI, Lph. 1 bis 4 einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße mit analoger Streckenlänge •Gleichzeitiger Neu-, Um- oder Ausbau von mindestens einem Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk/Tunnelbauwerk) •Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem planfreien Knotenpunkt (Autobahnkreuz oder Autobahndreieck) •Bauen im Bestand (beengter Raum) •Bauvolumen ≥ 100 Mio.€ •Abwicklung des Projektes mit der BIM-Methode in mind. zwei aufeinanderfolgenden Leistungsphasen •Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2016 sowie •Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 im Zuge einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße •Neubau mindestens einer Stahl-/Stahlverbundbrücke (Einzelstützweite ≥ 70 m) •Bauverfahren als Querverschub für mindestens eine planerische Leistungsphase • Bauen im Bestand (beengter Raum) •Abwicklung des Projektes mit der BIM-Methode in mind. zwei aufeinanderfolgenden Leistungsphasen •Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2016 Der Nachweis der geforderten Mindeststandards kann für das Bauverfahren als Querverschub sowie für die Abwicklung mit der BIM-Methode bei Bedarf durch weitere Referenzen erbracht werden. Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

Eigenerklärung mit Angaben zur Leistungsfähigkeit der Führungskräfte des Unternehmens, die die technische Leitung innehaben inkl. berufliche Befähigung (§ 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV)

Mindeststandard: Objektplanung Verkehrsanlagen Mindestens eine Führungskraft (Projektleitung) mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar mit mind. 10-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung und Projektleitung von Großprojekten an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannte Person muss jeweils ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 5 Jahren nachgewiesen werden,, das die folgenden Kriterien erfüllt: •Objektplanung Verkehrsanlagen in Anlehnung an § 47 HOAI, Lph. 1 bis 4 einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße mit analoger Streckenlänge •Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem vergleichbaren Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk/Tunnelbauwerk) •Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem planfreien Knotenpunkt (Autobahnkreuz oder Autobahndreieck) •Bauvolumen ≥ 100 Mio.€ •Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2021 Objektplanung Ingenieurbauwerke/Tragwerksplanung Mindestens eine Führungskraft (Projektleitung) mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung konstruktiver Ingenieurbau oder vergleichbar mit mind. 10-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung und Projektleitung von Ingenieurbauwerken an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannte Person muss jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden, das die folgenden Kriterien erfüllt: •Objektplanung

Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 im Zuge einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße •Neubau mindestens einer Großbrücke (Einzelstützweite ≥ 70 m) •Bauverfahren als Querverschub für mindestens eine planerische Leistungsphase •Bauen im Bestand (beengter Raum) •Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2016 Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann für den Querverschub für die Objektplanung Ingenieurbauwerke/Tragwerksplanung bei Bedarf durch weitere Referenzen erbracht werden. Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Sofern mehr als 4 Bewerber als geeignet anzusehen sind, bewertet der Auftraggeber dies zuvor genannten Eignungskriterien zur Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber wie folgt: Siehe Anlage zum Dokument 45-23-5007 Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen zu technischen Fachkräften, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV). Mindeststandard: Objektplanung Verkehrsanlagen Mindestens eine technische Fachkraft sowie deren Stellvertretung die maßgeblich die Planungsleistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung Verkehrsplanung oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung von Verkehrsanlagen an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 5 Jahren nachgewiesen werden das die folgenden Kriterien erfüllt: •Objektplanung Verkehrsanlagen in Anlehnung an § 47 HOAI, Lph. 1 bis 4 *einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße mit analoger Streckenlänge •Gleichzeitiger Neu- oder Ausbau von mindestens einem Ingenieurbauwerk (Brückenbauwerk/Tunnelbauwerk) •Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2021 Zusätzlich ist jeweils der Nachweis der Zusatzqualifikation BIM (nach dem Mindeststandard der VDI 2552 Blatt 8.1 (Building-Information-Modeling-Qualifikationen - Basiskenntnisse)) zu erbringen. Dies kann entweder über •das buildingSMART Zertifikat Foundation (VDI) oder •eine vergleichbare firmeninterne Qualifikationsmaßnahme und/oder Fortbildungen (Nachweise aus denen die Inhalte der Fortbildung hervorgehen) oder •ein in der Rolle der BIM-Fachkoordination oder deren Stellvertretung über mind. 2 aufeinanderfolgende HOAI-Leistungsphasen abgeschlossenes oder in wesentlichen Teilen erbrachtes vergleichbares Referenzprojekt. Als vergleichbar wird angesehen:

Verkehrsinfrastrukturmaßnahme aus den vergangenen 10 Jahren mit mind. 1 Brückenbauwerk UND Verkehrsanlage mind. zweibahnige Bundesfernstraße oder vergleichbare Straßen-/Bahnanlage. Der Nachweis des geforderten Mindeststandards kann durch mehrere Referenzen erbracht werden. Objektplanung Ingenieurbauwerke /Tragwerksplanung Mindestens eine technische Fachkraft sowie deren Stellvertretung die maßgeblich die Planungsleistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen, Fachrichtung konstruktiver Ingenieurbau oder vergleichbar mit mind. 5-jähriger Berufserfahrung im Bereich Planung von Ingenieurbauwerken an Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Für die benannten Personen müssen jeweils mindestens ein abgeschlossenes Referenzprojekt aus den vergangenen 10 Jahren nachgewiesen werden das die folgenden Kriterien erfüllt: •Objektplanung Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung in Anlehnung an §§ 43 und 51 HOAI, Lph. 1 bis 3 an einer Bundesfernstraße oder vergleichbaren Straße •Neubau mindestens einer Großbrücke (Einzelstützweite ≥ 70 m) •Abschluss der Leistung nach dem 01.01.2016 Zusätzlich ist jeweils der Nachweis der

Zusatzqualifikation BIM (nach dem Mindeststandard der VDI 2552 Blatt 8.1 (Building-Information-Modeling-Qualifikationen - Basiskenntnisse)) zu erbringen. Dies kann entweder über •das buildingSMART Zertifikat Foundation (VDI) oder •eine vergleichbare firmeninterne Qualifikationsmaßnahme und/oder Fortbildungen (Nachweise aus denen die Inhalte der Fortbildung hervorgehen) oder •ein in der Rolle der BIM-Fachkoordination oder deren Stellvertretung über mind. 2 aufeinanderfolgende HOAI-Leistungsphasen abgeschlossenes oder in wesentlichen Teilen erbrachtes vergleichbares Referenzprojekt. Als vergleichbar wird angesehen: Verkehrsinfrastrukturmaßnahme aus den vergangenen 10 Jahren mit mind. 1 Brückenbauwerk UND Verkehrsanlage mind. zweibahnige Bundesfernstraße oder vergleichbare Straßen-/Bahnanlage. Immissionsschutzplanung - Lärm Mindestens eine technische Fachkraft die maßgeblich die Leistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar, mit mind. 3-jähriger Berufserfahrung im Bereich Erstellung von Lärmschutzgutachten (nach den Kriterien der Lärmvorsorge) im Zuge von Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Immissionsschutzplanung -Luftschadstoffe Mindestens eine technische Fachkraft die maßgeblich die Leistung erbringt, mit abgeschlossenem Studium Bauingenieurwesen oder vergleichbar, mit mind. 3-jähriger Berufserfahrung im Bereich Erstellung von Luftschadstoffgutachten im Zuge von Bundesfernstraßen oder vergleichbaren Straßen. Wird einer der o.g. Mindeststandards nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Sofern mehr als 4 Bewerber als geeignet anzusehen sind, bewertet der Auftraggeber dies zuvor genannten Eignungskriterien zur Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber wie folgt: Siehe Anlage zum Dokument 45-23-5007 Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Angabe, welche Teile des Auftrags unter Umständen an Unterauftragnehmer vom Bewerber vergeben werden sollen. Mindeststandard: Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

Eigenerklärung und Nachweis darüber, dass eine Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 3 Mio. € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von mindestens 5 Mio. € besteht. Es ist zu bestätigen, dass die Maximierung mindestens das 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr beträgt. Umweltschäden sind von der Berufshaftpflicht einzuschließen. Bei Bergwerksgemeinschaften ist der Nachweis für jedes Mitglied getrennt zu erbringen. Eine verbindliche Erklärung des Versicherungsunternehmens, dass ggf. niedrigere Haftungssummen im Auftragsfall erhöht werden, ist ausreichend. Wird dieser Mindeststandard nicht erfüllt, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung wegen fehlender Eignung. Das o.g. Kriterium ist kein Auswahlkriterium.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Klarstellend wird auf die gesetzliche Regelung des Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, hingewiesen. Die als Formular vorgegebene Eigenerklärung im Formblatt 45-

23-5007_EU-Eigenerklärung_Artikel5k_VO.pdf, mittels derer die Auftraggeber die Einhaltung der vorgenannten Vorschrift zu prüfen haben, ist abzugeben.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: Erklärung, dass das Unternehmen zur Erbringung der Dienstleistung berechtigt ist und die Berufsqualifikation gem. § 75 (1), (2), (3) VgV bzw. § 44 VgV besitzt. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen: Nachweis der Berufsqualifikation

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Planungskonzept

Beschreibung: Die folgenden Teilaspekte dienen der Transparenz zur Entscheidungsfindung im Kriterium. Sie werden mit 0 bis 5 Punkten gewertet. Eine Rundung auf einen vollen Punktwert erfolgt erst in der Gesamtsumme. Dieser volle Punktwert des Kriteriums geht dann in die Wichtung ein. Die folgenden Punkte werden berücksichtigt: •Bestandsaufnahme (Plausibilität der Annahmen und Datengrundlagen) (Wichtung innerhalb des Kriteriums 10 %) •Identifikation kritischer Randbedingungen (Wichtung innerhalb des Kriteriums 30 %) •Aus Spiegelstrich 2 resultierende Lösungsansätze, incl. Schnittstellenmanagement und Risikoidentifikation und -behandlung (Wichtung innerhalb des Kriteriums 40 %) •Umsetzung der BIM-Methode im Projekt (Wichtung innerhalb des Kriteriums 20 %)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept zur Personalorganisation

Beschreibung: Die folgenden Teilaspekte dienen der Transparenz zur Entscheidungsfindung im Kriterium. Sie werden mit 0 bis 5 Punkten gewertet. Eine Rundung auf einen vollen Punktwert erfolgt erst in der Gesamtsumme. Dieser volle Punktwert des Kriteriums geht dann in die Wichtung ein. Gewertet werden zu gleichen Teilen: •Personaleinsatzplan in Bezug auf die Umsetzung der Leistung •Anzahl und Verfügbarkeit des projektverantwortlichen Personals •Personalressourcen im Unternehmen •Vertreterregelungen Hinweis: Die eingereichten Konzepte werden Vertragsbestandteil.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Honorar/Preis (endgültiges Angebot)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19f858becd3-7bf8a5c1cd7f6b9e

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabe.autobahn.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 15/09/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.autobahn.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Rechtsform der Bietergemeinschaften, an die der Auftrag vergeben wird (falls zutreffend): Gesamtschuldnerisch haftende

Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter. Mehrfachbeteiligungen einzelner

Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft sind unzulässig und führen zum Verfahrensausschluss sämtlicher betroffener Bewerbungsgemeinschaften. Zahlungsbedingungen: Abschlagszahlungen gem. Projektfortschritt

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Die Autobahn GmbH des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: Willy-Brandt-Platz 2

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47805

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabeservice@autobahn.de

Telefon: +49 215136807701

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Profil des Erwerbers: <https://vergabe.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: N.N.

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Internetadresse: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Vergaberecht/vergaberecht_node.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt. ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-7007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

bef411cf-ccdd-4a27-aa86-475dfc583e65-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Mindestkriterium: §46 (3) Nr1 VgV wurde entsprechend der Bewerberfrage Nummer 3 korrigiert.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 628ba542-c798-414d-b4d2-11a35b0c2031 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 18/08/2026 10:14:45 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 572382-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 159/2026

Datum der Veröffentlichung: 19/08/2026